

11/2018

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Lide Lucainne aux Leser.

aus und vorbei! Für die deutschen Fußballer hat sich die Weltmeisterschaft schneller erledigt als gedacht. Dabei muss man sagen: Es war ein verdientes Aus. Der Mannschaft hat eigentlich alles gefehlt, vor allem aber sichtbare Leistungsbereitschaft. Die Millionäre im Fußballtrikot waren nicht mehr bereit zu kämpfen und sich durchzusetzen. Es war ein bitterer Abend, aber irgendwie auch symptomatisch für die Situation in unserem Land.

Aus und vorbei heißt es aber auch für alle Schulkinder in Sachsen, und auch das verdientermaßen. Die Schulferien beginnen und damit auch die Reisezeit für die Sachen. Zumindest den Titel Reiseweltmeister macht Deutschland in der Welt (noch) niemand streitig. Hier sind wir als Sachsen ganz vorn in der Spitzengruppe.

Mit der griechischen Mitgliedschaft im Euro ist es aber noch nicht aus und vorbei. Die letzte Auszahlung aus dem Euro-Rettungsfond ist nun beschlossen. Sicher hat es Fortschritte in Griechenland gegeben, aber auch hier bleibt Skepsis angebracht. Letztlich entscheidet die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland über Erfolg und Misserfolg. Und große Sprünge hat das Land hierbei noch nicht gemacht.

Aus und vorbei ist es auch nicht für die Europäische Gemeinschaft. Die Beschlüsse der letzten Nacht zur Flüchtlingspolitik nähren die Hoffnung auf mehr Bewegung und Dynamik in Europa. Gradmesser für den wirklichen Willen zu Veränderung ist aber nun die zügige Umsetzung dieser Beschlüsse. Papier ist geduldig, dass mussten wir leider zu oft erleben. Wie die Gipfelergebnisse den Streit in der Fraktion lösen können, ist ungewiss. Es liegt ein politisch spannendes Wochenende vor uns.

In Berlin können wir uns also noch nicht ganz in die Sommerpause verabschieden. In der kommenden Woche liegt noch eine Haushaltswoche vor uns, in der wir den Haushalt des Bundes 2018 verabschieden werden.

Ihnen wünsche ich nun ein sonniges Wochenende oder auch einen guten Start in die Urlaubssaison.

Ihr

Mas Jann

DIE WOCHE IM PARLAMENT

Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2018 in Brüssel und zum NATO-Gipfel am 11./12. Juli 2018 in Brüssel. Beim Treffen der Staatsund Regierungschefs der EU stehen neben der Debatte Migrationsfragen und das Gemeinsame Europäische Asylsystem die Verhandlungen Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 im Mittelpunkt. Zudem geht es um die erzielten Fortschritte bei Sicherheit und Verteidigung, Innovation und Digitales. Ungeachtet fortdauernder transatlantischer Spannungen soll vom NATO-Gipfel ein Zeichen der Geschlossenheit des Bündnisses ausgehen. Die Bundesregierung wird den Gipfel dazu nutzen, um das Zwischenziel von 1,5 Prozent-Verteidigungsausgaben des BIP bis 2024 darzustellen. Weiteren soll eine Ausbildungs-Beratungsmission zur Unterstützung der Stabilisierung im Irak beschlossen werden.

Einsetzung einer Enquete-Kommission "Künstliche Intelligenz - Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale". Der Bundestag setzte eine Enquete-Kommission ein, die zum Ziel hat, Antworten auf die vielfältigen technischen, rechtlichen, politischen und ethischen Fragen im Kontext der Nutzung von Künstlicher Intelligenz zu erarbeiten. Sie soll die damit einhergehenden Potentiale und Herausforderungen Chancen. untersuchen. Parallel zu den Diskussionen in der Enquete werden wird die Unionsfraktion konkrete Schritte zur Förderung der Künstlichen Intelligenz sowie des Transfers in Produkte und Dienstleistungen voranbringen.

Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe (Pflegeberufe- Ausbildungs- und - Prüfungsverordnung – PflAPrV). Auf Grundlage der Empfehlung des Gesundheitsausschusses hat der Bundestag eine Verordnung zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes vom Juli 2017 verabschiedet. Kernaspekt des Gesetzes war, dass anstelle von drei verschiedenen Ausbildungsgängen künftig die Ausbildung in den drei Berufsfeldern Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege verzahnt wird. Die Auszubildenden können nach den ersten beiden Jahren generalistischer Ausbildung



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

entscheiden, ob sie diese im dritten Jahr fortführen oder sich zum Kinderkranken- oder Altenpfleger ausbilden lassen wollen. Mit Beschluss der Verordnung werden nun Detailfragen geregelt, damit die reformierten Ausbildungsgänge am 1. Januar 2020 starten können.

Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer Fußgänger besser schützen. In einem fraktionsübergreifenden Antrag hat Unionsfraktion die Bemühungen der Bundesregierung gegenüber der **EU-Kommission** sowie Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa begrüßt, technische Einrichtungen zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern vor abbiegenden LKW einzuführen. Nicht zuletzt sollten Investitionen Abbiegeassistenzsysteme in Nutzfahrzeugen verstärkt gefördert werden.

Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten. Die deutliche Zunahme der Wölfe in Deutschland führt zu wachsenden Konflikten, insbesondere in der Weidetierhaltung. Dies macht es erforderlich. naturschutzfachliche landwirtschaftliche Interessen in einen gemessenen Ausgleich zu bringen. Ein Antrag der Koalitionsparteien fordert daher unter anderem eine stärkere Einbeziehung der betroffenen Berufsgruppen bei der Entwicklung von Managementmaßnahmen, einen verbesserten und unbürokratischen Schadensausgleich für Weidetierhalter sowie eine Harmonisierung der Schutzmaßnahmen.

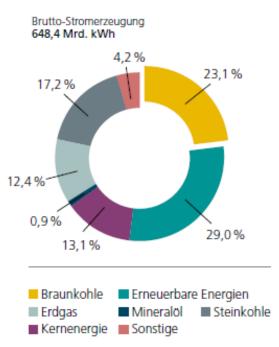
KOHLE-KOMMISSION

Seit dieser Woche tagt die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, kurz Kohle-Kommission. Sie soll sicherstellen, dass in Deutschland auch in Zukunft eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung gewährleistet ist und zugleich die gesteckten Klimaziele erreicht werden. Im Zentrum steht dabei natürlich auch die Frage, wie es mit der Braunkohle weitergeht.



Mindestens 55.000 Menschen in Deutschland verdienen ihr

Geld mit der Braunkohle. Die beiden größten Reviere liegen in Nordrhein-Westfalen und in der Lausitz. Dort werden jährlich 60 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut. Und schließlich **kommt etwa ein Viertel des deutschen Stroms aus der Braunkohle**. Allein diese Zahlen belegen, wie bedeutend die Arbeit und vor allem das



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

Gerade die Braunkohle als heimischer Energieträger bietet Haushalten und der Industrie eine sichere Versorgung bei vorhersehbaren und stabilen Preisen. Sie ist als verlässlicher Partner der Erneuerbaren im Energiemix noch lange unverzichtbar. Die Bedeutung der Kohlekraftwerke für die Versorgungssicherheit wird mit dem Atomausstieg sogar noch einmal zunehmen. Der Blick geht auch auf die Kostenseite: Braunkohle ist wettbewerbsfähig, zuverlässig kostengünstig. Der deutsche Stromkunde zahlt schon heute den europaweit höchsten Strompreis. Und natürlich ist die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung ein Grundpfeiler der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Aus diesen beiden Gründen ist eine robuste Untersuchung der Auswirkungen auf die Energiepreise ebenfalls unerlässlich.

Ergebnis der Kommission für ganz Deutschland sein wird.

Der Rückgang der Braunkohleverstromung wird zu einem tiefgreifenden Strukturwandel in den Revieren führen. Ein

solcher ist ein langwieriger Prozess, wie wir ihn in den letzten 28 Jahren in Ostdeutschland hautnah erlebt haben. Alle bisherigen Strukturwandelprozesse in Deutschland haben stets länger gedauert und mehr Ressourcen beansprucht als ursprünglich angenommen. Denn für einen gelingenden Strukturwandel müssen zahlreiche Vorleistungen erbracht werden. Dazu gehört eine gute Infrastruktur. Außerdem ist eine gute Bildungs- und Forschungslandschaft entscheidend für die Schaffung neuer, hochwertiger Arbeitsplätze. Es geht ganz allgemein darum, Investitionen zu mobilisieren, um vor Ort Arbeit, Einkommen und Wohlstand zu sichern. **Dafür muss den Unternehmen und Regionen ausreichend Zeit gegeben werden.** Vor allem in der Lausitz gibt es noch kaum Alternativen zur konventionellen Energiewirtschaft. Wenn die Energieunternehmen weggehen, gibt es vor allem für die Jüngeren kaum mehr einen Grund, in der Region zu bleiben.

Ziel und Zeitplan der Kommission sind ambitioniert. Sie darf sich aber nicht von den Klimaschützern hetzen lassen. Zumal die Verfehlung bei der Erreichung der selbstgesteckten Klimaziele vor allem aus dem Verkehrsund Wärmebereich kommen. Schon heute ein **Kohleenddatum zu nennen, wäre daher unverantwortlich**. Der Ausstieg aus der Braunkohle muss das letzte Glied in der Kette sein und kann erst erfolgen, wenn der Strukturwandel gelungen ist.

BEGEGNUNGEN



Vor wunderbarer Kulisse traf ich meine vier amerikanischen "Patenkinder", die im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) seit etwa einem Jahr in Dresden leben. Bei Kaffee und sächsischen Quarkkeulchen erfuhr ich eine Menge über die Erlebnisse der jungen Menschen. Ihnen allen hat die Zeit in Dresden sehr gut gefallen. lebten in Gastfamilien bzw. Sie Wohngemeinschaften und gingen zur Schule bzw. studierten an der TU Dresden und absolvierten Praktika. In einigen Wochen geht es für sie wieder zurück in die USA. Ich hoffe, dass sie mit all ihren gesammelten Erfahrungen gute Botschafter für Dresden sein werden.



Jungen Menschen Politik nahe zu bringen, ist eine wichtige Aufgabe. Deshalb kam ich in der vergangenen Woche gern in den Gemeinschaftskundeunterricht am Gymnasium Bürgerwiese und an der Freien Evangelischen Schule. Ich freute mich, wie gut die Schüler sich mit

der aktuellen politischen Lage auskannten. Die wenigsten schauen aber noch Nachrichten im Fernsehen, sondern informieren sich über das Internet. Die Interessen der jungen Leute waren wie gewohnt vielfältig: Asylpolitik, Rentenpolitik, Bildungspolitik. Dem Wunsch einiger Schüler, das Fach Mathematik abzuschaffen, musste ich allerdings vehement widersprechen.



Terence Corrigan vom Institute for Race Relations in Johannesburg war Gast in der letzten Sitzung des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Als Experte für Land- und Eigentumsrechte bezog er Stellung zu den aktuellen politischen Vorhaben in Südafrika. Dort erwägt die neue Regierung unter Cyril Ramaphosa eine Verfassungsänderung, die es ermöglichen soll, weiße Landbesitzer ohne Entschädigung zu enteignen. Dies ist natürlich auch für etwa 1.000 deutsche Firmen vor Ort relevant, die über 100.000 direkte Arbeitsplätze schaffen und die diese Entwicklung daher mit großer Sorge verfolgen.

TERMINE

03.07.2018, Berlin
Mittagessen mit Delegation aus Mosambik
03.07.2018, Berlin
Sommerfest Parlamentskreis Mittelstand
04.07.2018, Berlin
AG Welthandel "Quo vadis Handelspolitik"
06.07.2018, Berlin
Runder Tisch Braunkohle

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943 Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb